



München, 31.08.2007

Offener Brief

an den

Bundesminister des Inneren

Bundestagsbüro
Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

fon: 030 - 227 7 26 00
fax: 030 - 227 7 67 44

wolfgang.schaeuble@bundestag.de

31.08.2007

Guten Tag,

offen gestanden: Sie persönlich wären mir keine Zeile wert, aber da ich, neben 82,3 Millionen anderer Landsleute, unter Ihnen als Innenminister zu leiden habe, adressiere ich Sie mit einer Frage, die Ihr Ressort betrifft:

"Welchen realen Unterschied kann ein heute in der BRD lebender Mensch zu den Verhältnissen in der DDR eigentlich noch erkennen?"

- Buchstäblich alles wird staatlich geregelt – von *'persönlicher Freiheit'* (oder gar *'Demokratie'*) wird nur euphemistisch gefaselt;
- buchstäblich alles wird staatlich kontrolliert;
- der Staat (resp. seine subalternen Organe) setz(t)en sich Kraft eigen-angemaßter Allmacht [*"Das Nähere regelt ein (Bundes-)Gesetz"* – übliche Appendix zu Artikeln des Grundgesetzes, die der staatlichen Hoheitlichkeit sämtliche Türen öffnet, gegen den eigentlichen Sinn des GG zu verstoßen, ohne daß dies der Bevölkerung groß auffällt, bzw. gegen das zu opponieren völlig sinnlos ist] über alles hinweg, was seine Systemik zu bedrohen geneigt sein könnte – ständig in der paranoiden Angst verfangen, in aufkeimender Kritik (oder auch nur Infragestellung) läge bereits der Keim staatsgefährdender Destruktion;
- unter dem fadenscheinigen Argument, alles staatliche Handeln erfolge nur *'zum Wohl und Schutz der Bürger'*, stranguliert die politische "Elite", der nur noch etwa 1,8% der Bevölkerung (als Parteimitglieder) glauben, jegliche selbständige Lebensführung.

Ohne die geringste Erwartung, daß nachfolgende Gedanken Ihre etatistischen Ganglien auch nur zu erreichen vermögen:

- 1) Sie sind zwar nur ein gnadenlos machversessener Jurist, aber irgendwo muß sich doch auch bei Ihnen ein Relikt von beschämender Reue finden ob der Tatsache, daß

- Sie unmittelbar nach der Wende maßgeblich dafür sorgten, daß der 1949 ins Grundgesetz aufgenommene Art. 146 – [Geltungsdauer des Grundgesetzes] Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke (nach seiner Wiedervereinigung, Anm. des Verf.) in freier Entscheidung beschlossen worden ist. – heimlich, still und leise (vor allem sehr schnell und ohne jegliche demokratische Legitimation!) getilgt wurde;
- Sie wurden doch – vor der Wiedervereinigung(!) – nicht müde, im Chor mit Ihrem damaligen Chef das DDR-Unrechtsregime an den Pranger zu stellen. Just nach der Wende waren es aber nachgerade Sie, der die Kohl'sche Restitutionslüge gegenüber dem Volk und dem deutschen Bundestag deckte – mit verheerenden Folgen für die zwischen 1945 und '49 Enteigneten, Vertriebenen, Verfolgten und Hingerichteten (bzw. deren Familien);
- Sie waren es doch, der sich sogar noch zynisch spottend gegenüber denjenigen äußerte, die eine Wiederherstellung ihrer Ehre und die Rückgängigmachung der damaligen Zwangsenteignung forderten;
- Sie waren es doch, der sich – braver Helot des allgewaltigen Kohl – der Mittäterschaft der Hehlerei bzgl. der widerrechtlich einbehaltenen Grundstücke, Ländereien und Betriebe schuldig gemacht hat.

Und **SIE** erdreisten sich nun, von 'Schutz der Bevölkerung' zu sprechen?
Wer, um alles in der Welt, schützt dieses Volk vor Menschen wie Ihnen?

- 2) Macht es Sie nicht stutzig, daß in beängstigendem Maße
 - die BürgerInnen der Politik den Rücken kehren?
 - den Parteien scharenweise die Mitglieder von der Fahne laufen?
 - die Nichtwähler inzwischen die größte "Partei" stellen?
 - in Deutschland – als einzigem Industrieland(!) – die Zahl der öffentlich(un)rechtlich Bediensteten höher liegt als die Zahl der Selbständigen?
 - das Ansehen von Politikern in der Bevölkerung noch hinter Versicherungsvertretern und Autoverkäufern rangiert?

- 3) Kann es auch nur im entferntesten Sinn machen, immer unmündigere Bürger zu "züchten", die alles dem Staat überlassen, resigniert immer mehr autistifizieren und auch für das vielzitierte 'Gemeinwohl' immer weniger Interesse aufbringen?
Glauben Sie allen Ernstes und bei klarem Verstand, daß Sie mit immer noch mehr Kontrolle – auch ohne richterliche Verfügung (Guantanamo und einschlägige Gesetze aus unseligen Vorzeiten deutscher Geschichte lassen herzlich grüßen!) – die deutlich zunehmende Wut unter Kuratel halten können?
Ist Ihnen nicht klar, daß Ihr paranoider Machtwahrungswahn – in stimmiger Akkordanz mit der grassierenden Regelungswut Ihrer Amtskollegen – den "idealen" Nährboden für rechts- wie links- ausufernden Sozialterrorismus bereitet?
Ist Ihnen eigentlich klar, daß Sie (und Ihre Amtskollegen) auf dem besten Wege sind, die BürgerInnen auf Jahrzehnte und Generationen hinaus politisch zu entmündigen – gleiches erfuhren die Deutschen bereits während der NS-Zeit, dann im Rahmen der "Umerziehung" und als Opfer des Marx'schen Sozialismus' – und damit zukunftsuntauglich zu machen?

Nein, Herr Minister – kennen Sie den etymologischen Hintergrund dieses Begriffes? –, SIE müssen nicht den Bürger/den Staat schützen, vielmehr müssen die Bürger vor Figuren wie Ihnen geschützt werden.

Ginge es Ihnen wirklich – kleine Erinnerung: Amtseid! – darum, Schaden vom deutschen Volk abzuwehren, müßten Sie spornstreichs die hierzulande herrschende Parteiendemokratie – nebst aller unsäglicher Privilegien der Parteien und parteinaher Organisationen – abschaffen und dann zurücktreten.

Dieses Volk wird erst wieder gesunden, wenn es sich dieses arroganten Politadels entledigt hat, sich seiner eigenen Kreativität und des gesunden Menschenverstandes bedienen und seine natürliche soziale [nicht (national-)sozialistische] Mündigkeit wieder gewinnen darf. Niemand stört hierbei so fürchterlich wie Sie und Ihresgleichen.

Nicht mit freundlichem Gruß,
aber f.d.R. zeichnend

H.-W. Graf

PS: Sie sollten mich wohl gleich in Ihr '**Lauschprogramm**' aufnehmen, da ich diesen Brief verbreiten und mich auch in Zukunft meiner journalistischen Aufgabe der Recherche und Aufdeckung subversiver politischer Zusammenhänge widmen werde.